

# Inhaltsverzeichnis

<i>Willy Viehöver / Reiner Keller / Werner Schneider</i> Editorial .....	2
<i>Julian Hamann / Jens Maeße</i> Einleitung: Diskurs, Feld, Subjektivierung. Empirische und theoretische Fragen .....	4
<i>Christian Schmidt-Wellenburg</i> Wirtschaft und Gesellschaft aus feldanalytischer Sicht. Drei Momente wirtschaftlicher Subjektivierung.....	11
<i>Saša Bosančić</i> Arbeit und Ungleichheit aus der Forschungsperspektive der Interpretativen Subjektivierungsanalyse .....	31
<i>Jens Maeße</i> Das Dispositiv der Griechenlandkrise: Heterogene Subjektivierungsstrategien im Schnittfeld der politischen Ökonomie Europas .....	51
<i>Johannes Angermüller / Julian Hamann</i> The celebrity logics of the academic field. The unequal distribution of citation visibility of Applied Linguistics professors in Germany, France, and the United Kingdom.....	77
<i>Angela Graf</i> Kohäsion durch Kampf?! Überlegungen zur Bedeutung von Loyalität für Hochschulen .....	94

Jens Maeße

## Das Dispositiv der Griechenlandkrise: Heterogene Subjektivierungsstrategien im Schnittpunkt der politischen Ökonomie Europas

**Zusammenfassung:** Der Beitrag analysiert Subjektivierungsprozesse als komplexe und heterogene diskursive Positionierungsweisen und illustriert diesen Ansatz am Beispiel ökonomischer Expertendiskurse zur Griechenlandkrise. Während konventionelle Ansätze den griechischen Krisendiskurs auf einen eindimensionalen Konflikt reduzieren, möchte ich aufzeigen, wie drei verschiedene, aber miteinander verbundene Konfliktebenen miteinander interagieren: ein Konflikt um Wirtschaftstheorie, ein Konflikt um die institutionelle Governancestruktur und ein Konflikt um die Frage der nationalen Souveränität. Um diese Komplexität und Heterogenität der Positionierungsweisen der europäischen politischen Ökonomie erfassen zu können, wird ein dispositiv-analytischer Ansatz appliziert, der Feldanalysen und Diskursanalyse zusammenführt. Die Dispositivanalyse ist demnach ein diskursanalytisch reformulierter Ansatz, der sowohl die Schließungen und sozialen Fixierungen (Sedimentation) als auch die diskursiven Öffnungen und Kontroversen (Symbolisierungen, Imaginäres) in transepistemischen Positionierungsarenen einzufangen sucht. Das Soziale ist immer diskursiv, aber der Diskurs wird nicht einfach durch den Diskurs repräsentiert. Eine solche Diskursperspektive eröffnet die Analyse polit-ökonomischer Phänomene nicht nur für die verschiedenen Ebenen der Konfiguration sozialer Netzwerke, sondern auch für die Komplexität sozialer Machtspiele, die hinter den Rücken von Akteuren stattfinden und sowohl soziale Hierarchien als auch biopolitische Arenen die Produktion des sozialen Lebens erzeugen.

Schlagwörter: Dispositiv, enunziative Analyse, Feldanalyse, ökonomische Expertendiskurse, Eurokrise

**Abstract:** This contribution seeks to analyze subjectivation processes as complex and heterogeneous discursive positioning games, taking economic expert discourses on the Greek crisis as an illustration. Whereas conventional approaches reduce the Greek crisis discourse to a one-dimensional conflict, I want to show how three different but interrelated conflict arenas merge and interact: a conflict over economic theory, a conflict over the institutional governance structure, and a conflict over national sovereignty. In order to grasp this complexity and heterogeneity of European political economy positioning games, a dispositif analytical approach will be applied bringing together field analysis and discourse studies. Dispositif analysis is a discourse-analytically reformulated approach to transnational fields; it helps to capture the closures and social fixations (sedimentation) as well as the discursive visibilities and controversies (symbolisations, imaginations) in trans-epistemic positioning arenas. The social is always discursive, but the discourse is not simply represented by language. Such a discourse perspective opens up our analysis of the political economy not only for the multiple levels of social network configuration, but also for the full complexities of social power games that take place behind the backs of actors, producing both social hierarchies and biopolitical arenas for the production of social life.

Keywords: dispositif, enunciative analysis, field analysis, economic expert discours, euro crisis

## 1 Einleitung

Die Diskursanalyse hat sich bisher erst in Ansätzen und in unterschiedlichen Forschungszusammenhängen ökonomischen Fragen geöffnet (Bosančić 2014; Diaz-Bone/Krell 2009; Langenohl 2011; Maeße 2013; 2014; Schmidt-Wellenburg 2013; Sum/Jessop 2013). Von der Diskursforschung wurde kritisiert, dass ökonomische und institutionelle Ansätze den Deutungsprozessen und Aushandlungskonflikten in Handelsplätzen, Branchen, Unternehmen, Verbänden und Governanceinstitutionen zu wenig Beachtung schenken. Allerdings neigen Diskursanalysen nicht selten dazu, alle Elemente der politischen Ökonomie in eine semiotische Verhandlungsmasse aufzulösen und übersehen dabei die sozialen Hierarchien, Routinen, Abläufe und Strukturen jenseits der Ebene sprachlicher Repräsentation. Als »Diskurs« werden dann nur jene Aspekte betrachtet, die sich sprachlich niederschlagen. Somit wird das Ökonomische auf einen repräsentationistisch verkürzten Sprachbegriff reduziert, wonach das Ökonomische immer symbolisch repräsentiert sein muss. Demgegenüber betonen polit-ökonomische Diskursansätze auch jene Strukturen, Abläufe und Wirkungszusammenhänge, die sich der Versprachlichung entziehen und einer adäquaten Repräsentation widersetzen. Allerdings werden hier oft soziale Strukturen dem Diskurs als außersprachlicher Kontext gegenübergestellt.

Mein Beitrag folgt dem polit-ökonomischen Ansatz, der Diskurse nicht auf versprachlichte Repräsentationen reduziert; aber er zielt gleichzeitig darauf, den oben skizzierten Gegensatz von Diskurs und Struktur zu überwinden. Der *Dispositivbegriff* wird in Stellung gebracht (Foucault 1980; Maeße/Hamann 2016), um diskursive Positionierungsstrategien als Subjektivierungsweisen sowohl auf der *imaginär-symbolischen* als auch auf der *institutionell-sedimentierten* Diskursebene analysieren zu können.<sup>1</sup> Im Hintergrund dieser Perspektive steht die Idee, Bourdieus Theorie sozialer Felder (Bourdieu 1982) mit Foucaults Aussagetheorie zu verbinden (Foucault 1981). Das Feld steht hier für alle materiell verfestigten Aspekte der Macht wie Institutionen, Routinen und Hierarchien, die sowohl quantitativ-statistisch als auch qualitativ-rekonstruierend analysiert und dargestellt werden können (etwa Berufspositionen, Posten, Ämter und andere Machtpositionen). In dieser Perspektive soll die institutionelle Morphologie der Felder, das heißt die strukturelle Zusammensetzung der institutionalisierten Machtgefüge beleuchtet werden, in denen die Subjektivierungen vollzogen werden. Demgegenüber steht die diskursive Aussage für die sprachlich-imaginäre Dimension der Macht, die mit der Äußerungsanalyse untersucht wird (Angermüller 2007; Maeße 2010; Zienkowski 2017). Die Analyse dieser Dimension bezieht sich auf die Art und Weise der symbolisch-imaginären Sichtbarkeit der jeweiligen Akteure, die in Subjektivierungsprozessen konstituiert werden (Identitäten, Haltungen, Einstellungen und andere linguistische, insbesondere poly-

1 Grundsätzlich verweist der Begriff der Positionierung eher auf die (linguistisch und soziologisch begründeten) technischen Aspekte des Einnehmens einer Position auf der Grundlage sprachlicher bzw. institutioneller Modalitäten, während der Begriff der Subjektivierung Dynamiken sozialer Akteursträgerschaft unterstreicht. Da in diesem Artikel aber zwischen beiden Aspekten nicht unterschieden wird, werden die Begriffe »Subjektivierung« und »Positionierung« hier gleichbedeutend verwendet.

phone Positionierungsmodalitäten). Hier geht es vor allem um die qualitative Feinanalyse der sprachlich moderierten Positionierungslogiken.

Die Stärke dieser Dispositivtheorie liegt darin, sowohl die Schließungen und sozialen Verfestigungen (Sedimentierungen) als auch die diskursiven Sichtbarmachungen und Öffnungen (Symbolisierungen, Imaginationen) in heterogenen Subjektivierungsarenen einfangen zu können. Das Soziale ist immer diskursiv; allerdings ist das Diskursive nicht immer sprachlich repräsentiert. Eine solche Diskursperspektive öffnet die Analyse der Ökonomie nicht nur für die vielfältigen Ebenen der Konfiguration sozialer Beziehungen, sondern auch für die volle Komplexität sozialer Machtprozesse, die sich hinter den Rücken der Akteure abspielen und hier sowohl soziale Hierarchien produzieren (Bourdieu 1997) als auch biopolitische Produktionsarenen aufspannen (Foucault 2004).

Um diese dispositivtheoretische Diskursperspektive zu illustrieren, werden in der folgenden Untersuchung heterogene Subjektivierungsstrategien in einem europäischen Dispositiv untersucht, das polit-ökonomische Identitäten, Akteure und Machtstrategien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in einem trans-nationalen Rahmen verhandelt. Am Beispiel der Auseinandersetzungen um die »Griechenlandkrise« um 2015 soll gezeigt werden, wie diskursive Positionierungen auf unterschiedlichen Ebenen der politischen Ökonomie Europas vollzogen werden und wie diese ineinander übergehen. Das Ziel der Analyse ist es nachzuzeichnen, wie im Zuge der Griechenlandkrise eine heterogene, trans-epistemische Konfliktarena entsteht, die sich über so unterschiedliche soziale Felder wie Wissenschaft, Politik und Wirtschaft erstreckt und die auf ein europäisches Dispositiv verweist, das die Illusion nationalstaatlicher Autonomie suspendiert hat. In dieser Perspektive erscheint selbst (ökonomische und andere Formen von) Nationalismus als Effekt einer Transnationalisierung sozialer Beziehungen.

Der erste Abschnitt (Kapitel 2) umreißt ausgehend von den Defiziten konventioneller Kriseninterpretationen die Ausgangsüberlegung, wonach das Krisendispositiv als ein Zusammenspiel von drei ineinandergreifenden Konfliktarenen konzipiert werden soll. Die empirischen Kapitel 3, 4 und 5 werden drei unterschiedliche Subjektivierungsstrategien herausarbeiten, die jeweils und im Zusammenspiel wichtige Charakteristika, Stützpfeiler und Resultate einer sich im Zuge der Krise herausbildenden Europäisierungsdynamik darstellen. Es wird damit einmal mehr unterstrichen, inwiefern Europa ein polyzentrisches Sozialgebilde ist, das auf trans-epistemischen Vernetzungen basiert. Kapitel 3 nimmt eine Dispositivanalyse des Konfliktes wirtschaftspolitischer Ideen und Konzepte vor und zeigt die Etablierung einer *kritisch-demokratischen Subjektivierungsstrategie* auf. Kapitel 4 untersucht daran anschließend den Konflikt um das institutionelle Gefüge der europäischen Wirtschaftspolitik und arbeitet eine *moderierende Subjektivierungsstrategie* heraus, der im Nachgang der Krise zunehmend den technokratischen Stil der »Eurokratie« zu ergänzen scheint. Kapitel 5 geht auf die realökonomischen Effekte der Griechenlandkrise ein und wirft ein Licht auf die polit-ökonomischen Hintergründe und diskursiven Strategien einer *subordinalen Subjektivierungsstrategie*, welche die national-souveränistische Subjektivierungsweise des modernen Nationalstaates zurückdrängt. Die Konklusion diskutiert wichtige Ergebnisse der Analyse.

## 2 Defizite der konventionellen Deutungen der Griechenlandkrise

Die Griechenlandkrise wird sowohl in öffentlichen und gesellschaftspolitischen Debatten als auch in ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Analysen typischerweise entweder als »Wettbewerbsdefizit« oder als »Austeritätsproblem« dargestellt. Im ersten Fall wird der soziale und wirtschaftliche Niedergang der griechischen Gesellschaft als das Resultat der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Volkswirtschaft angesehen. Diese spiegelt sich einerseits in Leistungsbilanzdefiziten griechischer Unternehmen und andererseits in einem dysfunktionalen, verschuldeten und korrupten Staatsapparat wider. Die Krise bricht schlussendlich aus, weil die Finanzmärkte dies erkannt haben wollen und durch Vertrauensentzug eine Abwärtsspirale aller Sektoren der Volkswirtschaft in Gang setzen. Demgegenüber fokussiert die zweite Perspektive die weltweiten Wechselwirkungen auf den Finanzmärkten und insbesondere die finanziellen und strukturellen Ungleichgewichte zwischen den europäischen Volkswirtschaften des Südens und des Nordens als makroökonomische Ursache der Krise. Die Überschuldung des Südens wird hier nur als ein Effekt der Übersparung des Nordens durch Lohnzurückhaltungen insbesondere in Deutschland interpretiert. Das so akkumulierte überschüssige Kapital sucht seriöse Anlagemöglichkeiten, die es aufgrund der Nachfragedefizite aber nicht findet. Deshalb wird das überschüssige Kapital des Nordens (insbesondere Deutschlands) in *scheinbar* seriöse Anlagen investiert, bis das Luftschloss in sich zusammenbricht und die Krise sich finanziell offenbart. Austeritätsmaßnahmen wirken nun wie Benzin im Feuer der Krise, weil dadurch die Nachfrage weiter sinkt und die Anlagemöglichkeiten nachhaltig dramatisch verschlechtert werden.

Welche der beiden polit-ökonomischen Analysen man folgt, hängt schlussendlich von wirtschaftspolitischen Überzeugungen ab. Trotz der fundamentalen Gegensätze, die zwischen diesen Ansätzen existieren, neigen beide Perspektiven dazu, polit-ökonomische Phänomene wie die Griechenlandkrise auf einen singularen Konflikt zu reduzieren, der um klar konturierte Akteure, Ziele und Mittel herum aufgebaut scheint. Darüber hinaus werden ökonomische und politische Fragen gegenüber sozialen und kulturellen Gegenstandsdimensionen überbetont. So entsteht oft der Eindruck, dass Gesellschaften mit ihren kulturellen Eigenheiten den scheinbaren Sachzwängen ökonomischer Eigendynamiken (Finanzmärkte, internationale Konkurrenz, Ungleichgewichte etc.) sowie der Willkür des politischen Systems ausgeliefert sind (Korruption, Klientelismus, Provinzialität etc.). Auf Grundlage reduktionistischer Analysen werden schlussendlich oftmals einfache Politikvorschläge präsentiert (etwa Kürzungen im öffentlichen Haushalt, Austritt aus dem Euro/der EU, Liberalisierungen des Arbeitsrechts, Abbau sozialer Leistungen etc.), ein »zurück-zum-Nationalstaat« gefordert und europaskeptische Untergangphantasien erzeugt.

## 2.1 Methodologische Vorüberlegungen: Subjektivierungen im Dispositiv

Demgegenüber möchte ich in der folgenden Dispositivanalyse der Griechenlandkrise dafür plädieren, polit-ökonomische Phänomene als das Zusammentreffen unterschiedlicher Konflikte zu deuten, die sich nicht aufeinander reduzieren lassen und die sich nicht in nur einem sozialen Feld, auf nur einer Regierungsebene oder in klar identifizierbaren Akteurskonstellationen abspielen. Es soll vielmehr gezeigt werden, wie drei unterschiedliche Konfliktarenen bzw. -felder (Wissenschaft, Politik, Wirtschaft) emergieren, die trans-epistemisch miteinander vernetzt sind, sich konstraintentional aufeinander beziehen und komplexe diskursiv-institutionelle Subjektivierungsstrategien hervorbringen. Die Diskursakteure positionieren sich hier in unterschiedlichen, trans-epistemisch vernetzten Feldern, die sich wechselseitig füreinander öffnen; und sie nutzen eine im weitesten Sinne ökonomische Sprache, mit der sie sich in den diversen Feldkontexten positionieren. Die jeweiligen Felder beziehen sich aber auch aufeinander, weil sie wechselseitig füreinander verfügbar sind, ohne im jeweils anderen Feld vollständig aufzugehen. So verwertet etwa das Institutionengefüge der Politik ökonomische Theorie und die ökonomischen Diskurse in den Nationalstaaten greifen auf das europäische Institutionengefüge zu.

Aus methodischer Sicht sollen die folgenden Thesen ausgeführt und illustriert werden: *Erstens*, Subjektivierung ist kein eindimensionaler Prozess, der sich auf ein kohärent geordnetes Individuum bezieht. Es handelt sich vielmehr um ein komplexes Geschehen, das über unterschiedliche institutionalisierte und symbolisch-imaginäre Diskurspositionen verläuft und auf die Herstellung von heterogenen Arrangements sozialer Positionen abzielt. *Zweitens*, heterogene Subjektivierungen basieren auf Strategien und finden in einem Dispositiv statt. Dieses Dispositiv besteht aus symbolisch-imaginären und institutionalisierten Machtgefügen; es enthält diverse Texte und erstreckt sich über unterschiedliche soziale Felder; und es verhandelt unterschiedliche Themen und Fragen in ineinandergreifenden Konflikten. Das Dispositiv verfügt aber weder über ein Zentrum noch über einen Kohärenzstiftenden Rahmen; es baut sich vielmehr als ein heterogenes Gefüge über diverse Konfliktarenen auf und entfaltet komplexe Wechselwirkungen. *Drittens*, analytisch gesehen lässt sich das Dispositiv »durchschreiten«, wie im Folgenden dargelegt wird. Dies soll allerdings nicht den Eindruck erwecken, als würde das Dispositiv wie ein geographischer Raum funktionieren. Vielmehr überschneiden sich die in den folgenden Kapiteln analysierten Konflikte. Das Dispositiv ist kein *strukturalistischer Raum*, der sich kategorisieren und durchmessen lässt, sondern es ähnelt eher einem *rhizomatischen Gewebe*, dessen Schichten sich Stück für Stück sezieren lassen.

## 2.2 Drei Konfliktarenen

Die Analyse wird zeigen, dass die Griechenlandkrise nicht nur einen Konflikt verhandelte (»Wettbewerbsfähigkeit« bzw. »ausbalanciertes Wachstum«), sondern sich um mindestens drei ineinandergreifende Konflikte dreht, die sich auf unterschiedliche Ebenen der politischen Ökonomie beziehen.

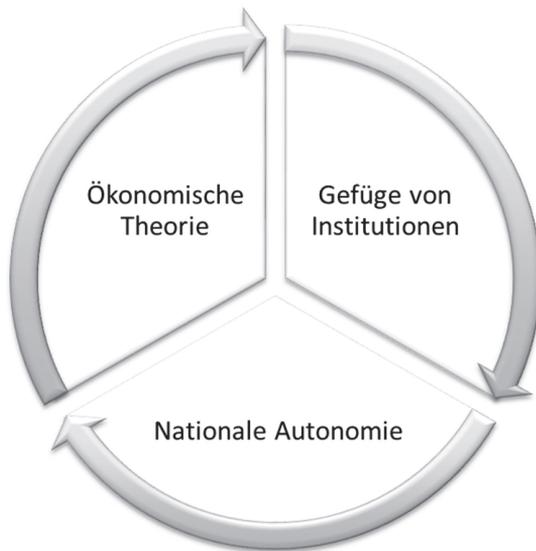


Abb. 1: Die trans-epistemische Konfliktarena

Der *erste Konflikt* verhandelt unterschiedliche ökonomische Theorien und wirtschaftspolitische Konzepte. In Deutschland hat sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine ordoliberalen Hegemonie etabliert, die tief in Wissenschaft, Medien und Wirtschaftspolitik verankert ist (Pühringer 2015) und in den Europäischen Verträgen festgeschrieben wurde. Im Zuge der Griechenlandkrise wird dieses Paradigma nun offen herausgefordert. Im dritten Kapitel soll gezeigt werden, wie im Zuge dieses Konfliktes eine ordnungsökonomisch-resolute durch eine kritisch-demokratische Subjektivierungsstrategie abgelöst bzw. ergänzt wird. Das Aufeinandertreffen dieser beiden Subjektivierungsstrategien erfolgt vor dem Hintergrund eines Wandels im Feld der Wirtschaftswissenschaft, welcher im internationalen Rahmen stattfindet und die europäischen Wissenschaftssysteme in der VWL in den vergangenen 20 Jahren auf die Konstruktion von Exzellenz- und Elitemythen umgestellt hat. Die griechischen Rebellen um den Wirtschaftswissenschaftler Yannis Varoufakis »hijacken« nun in gewisser Weise das symbolische Kapital, das durch neoliberale Elitemythen konstruiert wird, und beginnen jetzt selbst als »Starökonom« im Namen von akademischer Exzellenz zu sprechen. Im Endeffekt wird die technokratische Alternativlosigkeit neoliberaler Wirtschaftspolitik in Europa durch die Etablierung einer kritisch-demokratischen Deutungslogik infrage gestellt (Maeße 2017a).

Die *zweite Konfliktebene* verhandelt das institutionelle Gefüge der europäischen Wirtschaftspolitik. Bereits im Zuge der Eurokrise seit 2008 wurde vielen Akteuren der wirtschaftspolitischen Governance klar, dass das Institutionengefüge der Europäischen Union, das einerseits auf der Maastrichter Stabilitätsunion und andererseits auf formaler nationaler Autonomie in der Wirtschaftspolitik und der Finanzaufsicht basierte, Finanzmarktverwerfungen nicht standhält. Bereits früh sprang die Europäische Zentralbank (EZB) mit außergewöhnlichen Maßnahmen ein und die Regierungen legten erstmalig in

der Geschichte ein (wenn auch in der Größe überschaubares) koordiniertes Investitionsprogramm auf. Auch die Situation Griechenlands war von diesem instabilen Gefüge betroffen. So bestand die anfängliche Strategie von Tsipras und Varoufakis darin, implizit mit dem Kollaps der gesamten Eurozone zu drohen, sollten die Institutionen der Troika (Europäische Kommission, EZB, IWF) nicht auf die Forderungen von SYRIZA nach einem Stopp der Austeritätspolitik eingehen. Diese kurzfristige Strategie hat schlussendlich nicht funktioniert, weil gegenüber den Finanzmärkten eine sogenannte »Brandmauer« gezogen wurde, die ein »Überspringen« der Griechenlandpleite auf andere Volkswirtschaften zu verhindern in Aussicht stellte (Lehndorff 2014). Allerdings unterstützte dieses politische Pokerspiel Diskussionen über eine Vertiefung der institutionellen Integration im Bereich der Wirtschaftspolitik. Zu nennen sind hier der Rettungsfond ESM, die Bankenunion, die Blaupause, der Juncker-Plan oder die Macron-Initiative (Busch u. a. 2016). Im vierten Kapitel will ich zeigen, wie nun eine moderierende Subjektivierungsstrategie immer stärker hervortritt, die auf einen permanenten Ausgleich der vermeintlich gegensätzlichen Interessen ihrer jeweiligen imaginären Anderen abzielt. Das technokratische Europa, das lange Zeit auf Distanz zu den sozial-, finanz- und wirtschaftspolitischen Diskursen der jeweiligen europäischen Nationalstaaten blieb, rückt nun in den Hintergrund und lässt eine »diskursive Ausgleichsunion« entstehen, auf welche die regionalen Akteure in fast allen europäischen Ländern ihre Hoffnungen, Erwartungen und Befürchtungen projizieren.

Der *dritte Konflikt* betrifft schließlich jene Dimension, die man als nationale Realökonomie bezeichnen könnte. Die SYRIZA ist wie beinahe jede linke Partei mit einem starken linkspopulistischen Programm in die Regierung eingezogen (Stavrakakis/Katsambekis 2014). Die Kernforderungen dieses Programms beinhalteten einen sofortigen Stopp der Austeritätsprogramme im Rahmen der »Memoranden«, die Erhöhung der Löhne, Investitionen, Sozialausgaben sowie eine Staatsmodernisierung. Nach einem kurzen aber intensiven Konflikt zwischen Griechenland und der Troika, der ganz Europa in Atem hielt und Griechenland beinahe aus der EU katapultierte, wurde 2015 ein drittes Memorandum beschlossen. Dieses Memorandum enthielt einerseits weitere Kürzungen insbesondere im Bereich der Renten, Mehrwertsteuerhöhung sowie Privatisierungen. Andererseits beinhaltete das Memorandum auch Zusagen für Investitionen, eine Nutzung der Haushaltsprimärüberschüsse für Sozialausgaben und Investitionsprojekte, die Zusage für weitere Kredite und schlussendlich die Aussicht auf eine Beendigung der Abhängigkeit Griechenlands von den Kreditzahlungen. Das dritte Memorandum wurde insbesondere von vielen auf Seiten der Linken als Niederlage der griechischen Regierung gedeutet und von den konservativen Kräften Europas als Dursetzung ihrer Reformstrategie begrüßt. Wirft man heute einen Blick auf die realen Folgen des dritten Memorandums, dann fällt das Urteil differenziert aus: während die SYRIZA-Regierung es in der Tat geschafft hat, große Teile ihrer Forderungen umzusetzen, die von den Institutionen verlangten Reformen sozialpolitisch abzufedern, die Volkswirtschaft wieder auf den Wachstumspfad zu bringen, den Staatsapparat zu modernisieren und schlussendlich die Austeritätspolitik zu beenden (Troost 2017), konnten die großen Versprechen eines Endes der sozialen Krise in dieser kurzen Zeit und bedingt durch die Forderungen der Institutionen (noch) nicht

eingelöst werden. Diese gefühlte Niederlage untermauert vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit, dass autonome nationale Wirtschaftspolitik zum Scheitern verurteilt ist, wenn sie nicht europäisch koordiniert wird. Im fünften Kapitel soll vor diesem Hintergrund gezeigt werden, wie sich eine *subordinierende* Subjektivierungsstrategie im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik verfestigt. Die folgenden empirischen Kapitel zeigen nun auf, wie sich das Dispositiv der Griechenlandkrise über die unterschiedlichen Regionen und Konfliktarenen konstituiert.

### 3 Ökonomische Theorie: Der Kampf um symbolisches Kapital und die Etablierung einer kritisch-demokratischen Diskursordnung

In einem ersten Schritt soll das Zusammenspiel der symbolisch-imaginären und institutionellen Strategien der Wissenschaftsregion des Dispositivs betrachtet werden. Der Konflikt um wirtschaftspolitische Theorien und Konzepte entfaltete sich in der heutigen Form erst im Zuge des 20. Jahrhunderts in den entwickelten Ländern des Westens und des Ostens. Insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg etablierte sich in Europa eine Diskursordnung, die auf der einen Seite von unterschiedlichen Keynesianismen und auf der anderen von diversen angebotstheoretischen Wirtschaftsliberalismen gekennzeichnet war (Hall 1989). In Deutschland, das ab den 1970er Jahren in wirtschaftspolitischer Hinsicht in Europa eine Führungsrolle einzunehmen begann (Huffs Schmid 1994), hat sich ein festes Netzwerk ordoliberaler ÖkonomInnen etabliert (Pühringer/Hirte 2015). Demgegenüber sind traditionell in den süd- und südwesteuropäischen Länder Europas keynesianisch geprägte Ansätze populär (Hacker/Koch 2017). Während die institutionelle Integration Europas im wirtschaftspolitischen Bereich (etwa die Gründung der EZB und die Einführung des Euro) seit den 1980er Jahren vor allem von Frankreich (und Italien) vorangetrieben wurde, hat Deutschland und seine wirtschaftspolitischen Verbündeten im Nordwesten und später im Osten die inhaltliche Agenda in diesen Institutionen bestimmt (vor allem die Stabilitätsorientierung im Maastricht-Vertrag).

#### 3.1 Sinns Position im trans-epistemischen Feld der Wirtschaftswissenschaft

Vor diesem historischen Hintergrund gilt Hans Werner Sinn als einer der starken Fürsprecher einer neoliberalen, stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik, der im Zuge der Griechenlandkrise medial besonders in Erscheinung getreten ist. Sinn forderte insbesondere harte Austeritätsmaßnahmen bzw. den Austritt Griechenlands aus dem Euro-System. Diese Position begründete er mit einem mikroökonomischen Argument, wonach Griechenland nur durch eine Preissenkung im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig werden könne. Eine solche Preissenkung solle vor allem durch Lohnsenkungen und eine Abwertung der einzuführenden griechischen Währung herbeigeführt werden. Diese Maßnahmen sollten zudem durch Kürzungen im öffentlichen Bereich unter-

mauert werden. Die Position, die Hans Werner Sinn in dieser Debatte bezog, wurde durch ein spezielles Zusammenspiel von institutionellen und symbolischen Subjektivierungsstrategien erzeugt.

Betrachten wir zunächst die institutionelle Ebene dieser Region des Dispositivs, also jene Aspekte, die auf die Felddimension verweisen. Auf dieser *institutionellen* Ebene war die Diskursposition von Sinn durch eine starke Verankerung sowohl im Feld der wirtschaftspolitischen Beratung als auch im akademischen Feld gekennzeichnet. Sinn war zur Zeit der Griechenlandkrise als Präsident des Münchner ifo-Instituts, das eines der großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland mit ca. 200 MitarbeiterInnen ist, nicht nur in einer bedeutenden institutionellen Position. Er war zudem einer der wenigen deutschsprachigen ÖkonomInnen, die auch in der akademischen Welt zu diesem Zeitpunkt hohe internationale Reputationswerte erlangt haben. Das akademische Feld der VWL wurde ab den 1990er Jahren von nachhaltigen Transformationen erfasst. Diese zielten darauf, einen akademischen Exzellenz-Mythos zu etablieren (Maeße 2017c). Durch die Einführung von Rankings und das ausschließliche Publizieren in international anerkannten Fachzeitschriften verschoben sich die akademischen Anerkennungsformen. Symbolisches Kapital und damit verbunden auch anderen Kapitalsorten können akkumuliert werden, wenn wissenschaftlicher Erfolg sich in A-Journal-Publikationen niederschlägt und messbar wird. Dies wird etwa durch das Handelsblatt-Ranking seit einigen Jahren auch öffentlich dokumentiert (Bräuninger/Haucap/Muck 2011; Butz/Wohlraube 2016; Maeße 2015). Nicht zuletzt ist Hans Werner Sinn auch medial außergewöhnlich sichtbar, was durch die regelmäßigen FAZ-Rankings dokumentiert wird. Sinn war somit in dreifacher Hinsicht ein institutionelles Schwergewicht im wirtschaftspolitischen Diskurs: er war politisch verankert, akademisch anerkannt und medial prominent.

### 3.2 Die resolute Diskursposition von Sinn

In der Wissenschaftsregion des Dispositivs wird diese institutionelle Strategie durch eine *symbolisch-imaginäre* Positionierungsstrategie komplettiert, die als eine *resolute* Positionierung bezeichnet werden kann. Wie der Diskursauschnitt in Kasten 1 dokumentiert, der an anderer Stelle ausführlicher analysiert wurde (Maeße 2017a), positioniert sich Sinn als Fürsprecher der Austerität, indem eine resolute, kategorisch-moralisierende Haltung eingenommen wird.

Many European leaders have advocated **growth programmes** for Europe's **crisis-stricken countries**, meaning in fact **debt-financed expenditure programmes**. In this note, I will argue that such programmes are **not** the right medicine, since the Eurozone **suffers** from an internal competitiveness problem rather than a temporary lack of demand (Sinn 2014, S. 1).

Kasten 1: Die resolute Positionierungsstrategie im Diskurs von Hans Werner Sinn

Der imaginäre Andere (fett markiert) wird hier durch starke Wertungen und teils drastisch formulierte *hedges* auf Distanz gehalten, während *booster* wie »right medicine« keinen Zweifel über die Gültigkeit der von Sinn präferierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufkommen lassen sollen. Durch diese Strategie teilt der Diskurs den imaginären Raum in einen Bereich der Nähe und der Ferne auf, wobei der Andere im Feld der Ferne praktisch verteufelt wird. So zielt diese resolute symbolisch-imaginäre Positionierungsweise darauf, ein Subjekt sichtbar werden zu lassen, das praktisch im Besitz der »richtigen Medizin« ist, während der Andere als »Giftmischer« erscheint.

### 3.3 Die Etablierung einer antagonistischen Diskursordnung in der Wirtschaftspolitik

Als ab 2012 die SYRIZA-Partei in Griechenland Stück für Stück Fuß fasste und im Januar 2015 erstmals in die Regierung gewählt wurde, entstand auf europäischer Ebene eine Opposition zu dem von ÖkonomInnen wie Sinn und anderen WirtschaftspolitikerInnen vertretenen Kurs. Diese pan-europäische Positionierung des SYRIZA-Diskurses wird etwa durch zahlreiche Solidarisierungen von einer Vielzahl von PolitikerInnen und ÖkonomInnen mit dem Anliegen der griechischen Linkspopulisten untermauert (siehe etwa der »Brief« in Kasten 3).

Die SYRIZA-Bewegung trat jedoch nicht nur als radikaldemokratische Linksoption in Erscheinung, vielmehr setzten sich Akteure an ihre Spitze, die in der Öffentlichkeit als »Starökonom« inszeniert wurden. Der prominenteste unter ihnen war Yannis Varoufakis. Varoufakis studierte und promovierte an eher links-keynesianisch orientierten Einrichtungen in Großbritannien (Essex, Cambridge), bevor er im Jahr 2000 in Athen Professor und 2015 kurzzeitig griechischer Finanzminister wurde. Parallel war er noch Gastprofessor an der University of Texas. Mit Blick auf seine institutionelle Verankerung kann er als ein durchschnittlicher Ökonomieprofessor mit einer internationalen Neigung und einem Interesse für Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Von den höchsten Konsekrationseinrichtungen, die in der VWL über den Exzellenz-Status befinden, war Varoufakis ebenso weit entfernt wie von einer festen Verankerung im politischen Institutionengefüge. Dennoch, und dies ist interessant, traten er und seine MitstreiterInnen im Zuge medial vermittelter Zuschreibungen im Imaginären des sich anbahnenden wirtschaftspolitischen Großkonflikts in Europa mehr und mehr in die Rolle des »Starökonom«. Auch andere internationale ÖkonomInnen, welche die griechische Position unterstützten, setzten auf diese Karte der Stars und Sternchen der akademischen Ökonomiebranche (so etwa der Sohn des berühmten US-Ökonomen Kenneth Galbraith, James Galbraith, der Experten für die SYRIZA-Regierung verfasste).

Diese Strategie der imaginären Positionierung im Lichte des akademischen Exzellenz-Dispositivs kann man somit als eine »feindliche Übernahme symbolischen Kapitals« bezeichnen. Denn die griechischen Rebellen haben es vermocht, die akademischen Mythen, die überwiegend in eher orthodox-konservativen akademischen Milieus produziert wurden, zu hijacken, um damit die Defizite an institutionellem Kapital zu kompen-

sieren (Varoufakis war ›nur‹ Professor und hatte auch sonst kaum institutionelle Machtpositionen inne) und die mediale Sichtbarkeit zu steigern. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass die griechischen Fürsprecher für eine gewisse Zeit eine hohe symbolische Anerkennung und Sichtbarkeit vor allem in den Medien aber auch in den Politikfeldern der anderen europäischen Nationalstaaten erlangen konnten, obgleich die institutionelle Verankerung eher schwach blieb, wie die Abb. 2 verdeutlichen soll.

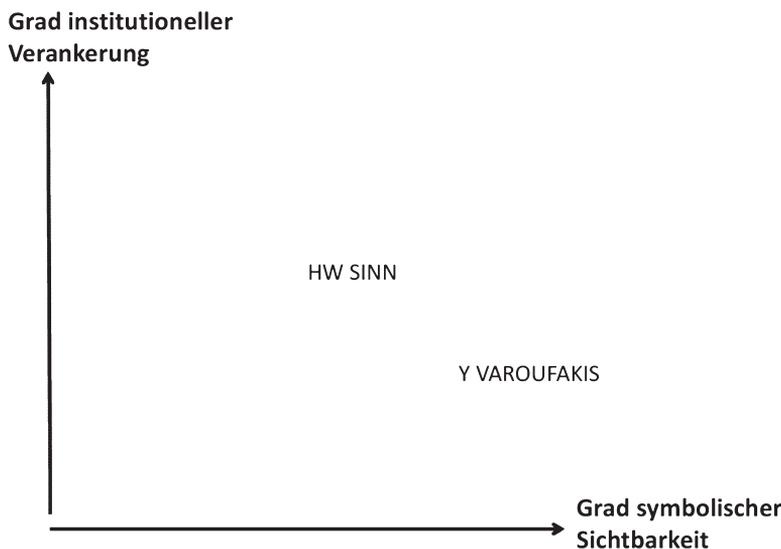


Abb. 2: Zusammenspiel von institutionellen und symbolischen Positionierungsstrategien im akademisierten wirtschaftspolitischen Feld

Allerdings haben Varoufakis & Co. nicht nur die symbolischen und institutionellen Machtverhältnisse in der von Deutschland dominierten wirtschaftspolitischen Debatte in Europa herausgefordert. Dies gelang ihnen vor allem deshalb, weil nun die resolute Positionierungslogik der liberal-konservativen Hegemonie infrage gestellt und durch eine neue, kritisch-demokratische imaginäre Ordnung substituiert wurde. Letztere unterscheidet sich von der resoluten Positionierungsweise vor allem durch die Art und Weise, wie der imaginäre Andere konstruiert wird. Während dort der Andere verteufelt, systematisch abgewertet und ins diskursive Abseits gestellt wurde, wird nun der Andere als systematische Alternative zum eigenen keynesianischen Programm definiert. Hierfür finden sich zahlreiche Beispiele – von linken Parteien und Gewerkschaftsdiskursen bis hin zur globalisierungskritischen Bewegung – die auf der einen Seite den neoliberalen Anderen in aller Regel ausführlich darstellen und vor dem Hintergrund dieser »falschen« Politik das eigene Programm als Alternative umreißen (ausführlich Maeße 2017a; 2017b).

Der Effekt dieser imaginären Ordnung besteht darin, dass nun konkrete Alternativen durch den oppositionellen Diskurs sichtbar werden. Insofern kann diese imaginäre Konstellation als eine kritisch-demokratische Subjektivierungsstrategie bezeichnet werden.

Spätestens seit dem Aufstand der »griechischen Rebellen« werden also im europäischen Rahmen stärker als in den 1990er Jahren und der Zeit vor der Finanzkrise wieder zwei konkurrierende und legitime wirtschaftspolitische Denkweisen sichtbar. Während die Finanzkrise den Neoliberalismus kurzzeitig infrage stellte, war es die Griechenlandkrise, die dem alternativen Paradigma zum Durchbruch verholfen konnte.

Als Indizien für diese Transformation der imaginären Ordnung kann etwa die erfolgreiche portugiesische Wirtschaftspolitik im Rahmen des dortigen Mitte-Links-Bündnisses gelten. Aber auch rechts-konservative Parteien wie in Polen und Links-Rechts-Bündnisse wie etwa in Italien streben eine stärkere Nachfragesteuerung an. Zudem kann auch Macrons europapolitischer Vorstoß, der im Gegensatz zu seinen innenpolitischen Maßnahmen gerade bei keynesianischen EuropäerInnen auf offene Ohren stößt, als Effekt einer veränderten Deutungs- und Wahrnehmungsordnung verbucht werden, die ohne den Aufstand der SYRIZA wohl kaum möglich gewesen wäre. Die SYRIZA-Hegemonie hat also den Kampf um die imaginäre Diskursordnung in der europäischen Wirtschaftspolitik zumindest graduell für sich entscheiden können, indem seit der Krise eine neue, demokratische Wahrnehmungsordnung zu herrschen scheint. Die neoliberale TINA-Logik<sup>1</sup> und der resolute Stil, mit dem angebotsorientierte ÖkonomInnen ihre Position als alternativlose Wahrheiten präsentieren konnten, erodiert und ist auch im Deutschland von 2018 nur noch durch die Strategie der »schwarzen Null« aufrecht zu erhalten. Wie wirkt sich dies nun auf die Konfliktfelder der politisch-institutionellen und der ökonomischen Regionen des Dispositivs aus?

#### 4 Das institutionelle Gefüge: wie ökonomische Sprache als Positionierungsmetapher funktioniert

Das Feld der institutionellen Konstellation im polit-ökonomischen Dispositiv hat eine relativ lange Geschichte. Die Institutionen der europäischen Wirtschaftspolitik waren seit der Gründung der EU 1992 stark geprägt von der ordoliberalen Wirtschaftstheorie und demnach auf Haushaltsdisziplin und Preisstabilität ausgerichtet. Diese Steuerungsmaßnahmen fanden unter den Voraussetzungen offener Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte sowie gemeinsamer Produktstandards Anwendung. Haushaltsdisziplin sollte durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt gewährleistet werden, der ausgeglichene Staatshaushalte und eine Begrenzung der Staatsverschuldung vorsah; Preisstabilität war Aufgabe der EZB, welche die Europäische Volkswirtschaft auf eine allgemeine Inflationsrate von 2% halten sollte. Alle weiteren Maßnahmen wie Lohnpolitik, Investitionen, Infrastrukturpolitik, Industriepolitik oder Finanzpolitik sollte den Nationalstaaten überlassen sein. Von Seiten des keynesianischen Lagers wurde diese institutionelle Ausrichtung immer als einseitig angebotsorientiert zurückgewiesen.

1 TINA steht für »There is no alternative« und bezeichnet die Taktik etwa der Thatcher Regierung, politische Programmatiken als »alternativlos« darzustellen.

#### 4.1 Die Krise als Motor institutioneller Transformationen im Feld der europäischen Institutionen

Seit dem Überschwappen der globalen Immobilien- und Finanzkrise ab ca. 2007 geriet dieses institutionelle Geflecht in eine Krise. Zuerst reagierte die EZB mit außerordentlichen Maßnahmen, die in den Jahren danach weiter ausgebaut wurden: Eingriffe in den Geldmarkt wurden begleitet von massiven Senkungen des Leitzinses, welche später komplettiert wurden durch massive Aufkaufprogramme von Staatsanleihen und Aktien. Durch gezielte Interventionen in die Finanzmärkte konnte die EZB die Krisendynamiken stoppen, die Staatsverschuldung in den Ländern Südeuropas begrenzen und die Volkswirtschaften Europas wieder auf einen Wachstumspfad begleiten. Mit diesen Maßnahmen hat die EZB ihr Mandat nicht nur überschritten, sie hat auch neue Aktionsfelder definiert, die bis dahin von den Statuten nicht abgedeckt waren. Parallel dazu wurde über die Einführung von Eurobonds diskutiert, welche die Staatsfinanzierung in Europa sichern sollte; schließlich wurde ein Krisenrettungsmechanismus installiert, der zunächst über den EFSF und später über den ESM verlief: Staaten, die in Finanzierungsnot geraten sind, konnten sich über diese Einrichtungen refinanzieren und mussten im Gegenzug Reformmaßnahmen akzeptieren, die im Kern auf Austerität hinausliefen.

Die Griechenlandkrise bzw. die Regierungsübernahme durch SYRIZA kann als Schlusskapitel dieses europäischen Krisendramas betrachtet werden, das sich auf die institutionelle Morphologie des Dispositivs signifikant auswirken sollte. Die Konflikte, die über diese Krise verliefen, betrafen also nicht nur die wirtschaftspolitische Theorie, wie im vorherigen Kapitel ausgeführt wurde, sondern sie sind integraler Bestandteil eines laufenden Konfliktes um institutionelle Transformationen in der europäischen ökonomischen Governance. Unterhalb der Ebene der ökonomischen Sprache wurde gewissermaßen implizit immer auch über die Einführung neuer Institutionen verhandelt. Hinter der im Namen der Griechenlandkrise vorgetragenen Forderung nach einem »Stopp der Austerität« steht demnach nicht nur eine wirtschaftspolitische Positionierung. Im Feld der europäischen Institutionenordnung zielt diese diskursive Intervention vielmehr auch auf eine zweite Aussage, die auf eine Transformation eben jenes Feldes der europäischen Institutionen abzielt. Und in der Tat hätte eine Hilfe Griechenlands, wie sie von der SYRIZA sowie von vielen anderen Akteuren eingefordert wurde, eine Aufkündigung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bedeutet. Während die EZB praktisch im Alleingang das Diktum der Preisstabilität aufgekündigt hat, ist der Griechenlanddiskurs Teil einer Diskursstrategie, die sich gegen die Maastricht-Kriterien wendet. Beide Diskursstrategien, die als Angriffe auf ein rein stabilitätsorientiertes wirtschaftspolitisches Institutionengefüge Europas gedeutet werden können, hatten einen Teilerfolg.

Dieser Teilerfolg kommt *einerseits* darin zum Ausdruck, dass nunmehr eine Reihe neuer Institutionen eingeführt worden sind (ESM, Bankenunion), die neue Rolle der EZB weitestgehend akzeptiert zu sein scheint und schließlich im Rahmen des Fünf-Präsidenten-Berichts, des Juncker-Plans sowie der Macron-Initiative nun immer intensiver über eine Investitionsstrategien und die Einführung einer europäischen Wirtschaftsregierung inklusive eigenem Haushalt, eines europäischen Finanzministers, eines gemein-

samen Schuldenmanagements (Eurobonds), einer europäischen Sozialpolitik und weiterer Maßnahmen diskutiert wird.

## 4.2 Die diskursive Positionierung europäischer Amtsträger

Dieser Teilerfolg spiegelt sich *andererseits* in einer institutionellen Subjektivierungsstrategie wider, die als *moderierende Subjektivierung* bezeichnet werden kann und die sich von den konsensorientierten Positionierungsstrategien anderer europäischer Diskurse unterscheidet (siehe etwa Maeße 2010 zum Bologna-Diskurs). Wie das folgende Beispiel aus dem »Fünf Präsidenten« Bericht zeigt, positioniert sich der Sprecher hier als ein Moderator zwischen zwei paradigmatischen Alternativen. Der Bericht wurde inmitten der Griechenlandkrise im Juni 2015 publiziert.

Europe's Economic and Monetary Union (EMU) today is like a **house that was built over decades** *but* only partially finished. When the storm hit, its **walls and roof** had to be stabilised quickly. It is *now* high time to reinforce its foundations and turn it into what EMU was meant to be: a place of prosperity based on balanced economic growth and price stability, a **competitive social market economy**, aiming at full employment and social progress. To achieve this, we will need to take further steps to complete EMU. (Juncker/Tusk/Dijsselbloem/Draghi/Schulz 2015, S. 4)

Kasten 2: Die moderierende Positionierungsstrategie im Diskurs der »Fünf Präsidenten«

Der Diskurs bringt hier die moderierende Haltung des Sprechers hervor, indem er über den gesamten Text hinweg zwei Positionen hervortreten lässt, die dem neoliberalen-stabilitätsorientierten Lager sowie dem keynesianischen Paradigma zugeordnet werden können. Während die Marker für das Stabilitätslager **fett** hervorgehoben wurden, sind die Marker für das keynesianische Lager unterstrichen. Diese Marker bzw. Formulierungen, welche hier für die Kennzeichnung der akademisch-ideologischen Zugehörigkeit stehen, sind keine klassischen enunziativen Marker, wie sie die Diskursanalyse als *Deixis*, *Polyphonie* oder *booster/hedges* kennt. Es handelt sich vielmehr um Marker, die sich vor allem feldkompetenten Insidern als Positionierungsmarker erschließen. Ich würde deshalb vorschlagen, diese Diskursmarker als *Konventionalisierer* zu bezeichnen, weil sie ein konventionelles Insiderwissen über die politisch-ideologisch-soziale Zugehörigkeit gewisser Sprachtypen abrufen. Während also *Deixis/Polyphonie/booster/hedges* als tendenziell universalistische Diskursmarker bezeichnet werden können, handelt es sich bei Konventionalisierern um spezifische Diskursmarker.

Was wir hier vor diesem Hintergrund beobachten können, ist die moderierende Haltung des Sprechers, der sich durch diese beiden Lager hindurchmanövriert und danach strebt, sie in Beziehung zu setzen. Dies wird insbesondere durch Marker der Negation (*but*), der Zeit (*now*) und durch einfache Konjunktionen (*and*) vollzogen. Die wirtschaftspolitischen Begriffe (balanced economic growth/price stability/competitive so-

cial market economy/full employment and social progress) dienen hier keinesfalls in erster Linie der Aushandlung wirtschaftspolitischer Theorie. Vielmehr fungiert die Theoriesprache als Metapher, die einen institutionellen Konflikt verhandelt und eine institutionelle Transformationssituation moderiert.

Wie wir bereits im Fall der Diskrepanzen in der institutionellen Verankerung von Sinn und Varoufakis/SYRIZA gesehen haben, spielt ebendieser Aspekt für die diskursive Positionierung der Akteure eine Rolle. Im Falle dieses Diskurses können wir davon ausgehen, dass die wirtschaftspolitischen Floskeln der »Fünf Präsidenten« keinesfalls mit einer institutionellen Verankerung der Akteure im akademischen System korrespondieren. Vielmehr dient hier ökonomische Sprache als *Positionierungsmetapher* in einem *institutionellen* Diskurs, der sich mit Fragen der politisch-administrativen Zuständigkeit sowie mit den damit verbundenen Möglichkeiten des steuernden Eingriffs in das Wirtschaftsgeschehen auseinandersetzt. Wirtschaftspolitische Steuerung erfolgt hier vor dem Hintergrund einer moderierenden Subjektivierungsstrategie. Es ist also weder der »starke Staat« noch der »technokratische Sachverstand« der hier steuernd in die polit-ökonomischen Verhältnisse eingreift, sondern ein Akteur, der vor dem Hintergrund eines zukunfts-offenen Transformationspfades des europäischen Institutionengefüges agiert und widerstreitende Interessen moderiert. Der institutionelle Hintergrund dieser moderierenden Haltung ist demnach die institutionelle Transformationssituation selbst, das heißt die Krise des Maastricht-Systems, das Wirken einer improvisierten europäischen Wirtschaftssteuerung und die Suche nach einer neuen Ordnung, die dem europäischen Projekt eine Perspektive für die nächsten Jahre bieten könnte (siehe Abb. 3). Die alte Ordnung (Maastricht) ist also aufgekündigt und kann keine verbindlichen Sprecherpositionen mehr gewährleisten, während die neue Ordnung noch nicht existiert, sondern gerade im Konflikt verhandelt wird.

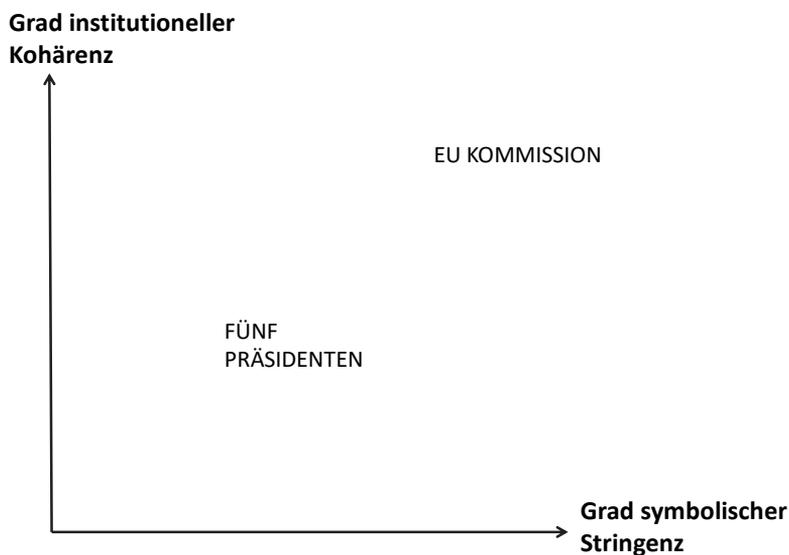


Abb. 3: Zusammenspiel institutioneller Kohärenz und symbolischer Sichtbarkeit

Der Aufstand der SYRIZA im Feld der wirtschaftspolitischen *Theorie* hat also nicht nur dazu beigetragen, die symbolisch-imaginäre Diskursordnung in Richtung einer kritisch-demokratischen Deutungslogik zu verschieben; er ist gleichzeitig Teil eines umfassenden Konfliktes um die Transformation des europäischen *Institutionengefüges* im Bereich der Wirtschaftspolitik. Das bedeutet, dass die Subjektivierungsstrategien im ersten Konflikt einen indirekten Einfluss auf die Subjektivierungsstrategien im zweiten Konfliktfeld haben. Denn während noch zu Beginn der 2000er Jahre die neoliberale Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund eines festgefügt institutionellen Gefüges des Maastricht-Vertrages oft in einem technokratischen Stil präsentiert wurde (etwa in Form von »Mitteilungen« der Kommission an die Länder über die Einhaltung der Stabilitätskriterien und die oft darauf folgende »Bittstellung« der »Sünder« um Aufschiebung des Zeitrahmens und Nichtvollzug der Sanktionen), scheint nun ein neuer Wind in die EU-Institutionen Einzug erhalten zu haben.

## 5 Post-nationale Subjektivierungsstrategien: der subordinierende Subjektivierungsmodus in Europa unter Merkelscher Hegemonie

Schließlich stellt sich die Frage, wie der Diskurs der Griechenlandkrise die politische Ökonomie Griechenlands beeinflusst hat, welche die dritte Region des Dispositivs darstellt. Denn obgleich die polit-ökonomischen Verhältnisse in Griechenland im Zusammenhang mit den institutionellen und wirtschaftstheoretischen Konflikten stehen, bilden sie dennoch ein eigenes Feld. Vor diesem Hintergrund soll insbesondere der Umgang der griechischen Regierung mit dem dritten Memorandum beleuchtet werden, um einige Aspekte einer diskursiven Subjektivierungsstrategie herauszuarbeiten, die für die Konstitution der gegenwärtigen politischen Ökonomie Europas insgesamt von Bedeutung zu sein scheint. Während bisher die Widersprüche zwischen symbolischen Sichtbarkeiten und institutionellen Realitäten beleuchtet wurden, soll im Folgenden die Diskrepanz zwischen dem Erfolg der griechischen Regierung auf der politisch-technischen Ebene und der symbolischen Unterordnung thematisiert werden. Denn in der Öffentlichkeit vieler europäischer Länder wird oft der Eindruck erweckt, dass SYRIZA mit dem Versuch gescheitert sei, die Austerität zu beenden und den Einfluss der Troika zurückzudrängen. Wirft man allerdings drei Jahre nach Abschluss des dritten Memorandums einen Blick auf die realökonomischen Zahlen und wirtschaftspolitischen Resultate, dann stellt sich ein anderes Bild ein. Gemessen an den Möglichkeiten hat die griechische Regierung deutlich mehr selbstgesteckte Ziele erreicht, als zu erwarten war. Dennoch gelingt es den Akteuren nicht, gegen ein durchweg negatives Image des »Scheiterns« anzukommen. Wie kann diese Diskrepanz erklärt werden?

## 5.1 SYRIZAs prekäre Position im Feld der politischen Ökonomie

Im Lichte des Krisendiskurses wird der Einfluss der Politik (vor allem in der öffentlichen Debatte) oft mit dem Grad der Staatsverschuldung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft (die in den meisten Fällen auf die Höhe der Löhne reduziert wird) in Verbindung gebracht. Um aber den Einfluss der nationalstaatlichen Politik in Ländern wie Griechenland angemessen einordnen zu können, lohnt sich ein kurzer Blick auf die griechische Wirtschaftsgeschichte. Wirtschaftspolitische Positionierungspraktiken auf der nationalstaatlichen Ebene finden in einem historisch gewachsenen Feld statt, das aus einem Geflecht institutioneller Konstellationen, industrieller Beziehungen und staatlicher Handlungsoptionen komponiert ist. In Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien bestehen enge Beziehungen dieser Art, die über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte gewachsen sind. Die vergleichende Kapitalismusforschung (Boyer/Saillard 2002; Hall/Soskice 2001) hat für diese Analyse unterschiedliche Kapitalismus- bzw. Akkumulationstypen unterschieden.

Griechenland blickt wie viele Länder des europäischen Südens auf eine relativ kurze und fremdbestimmte jüngere Geschichte der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zurück. Erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts haben sich Stück für Stück Ansätze eines »südeuropäischen« Akkumulationsmodells entwickelt (Chasoglou 2015). Grundpfeiler eines jeden Akkumulationsmodells ist eine für die jeweilige historische Epoche typische Konstellation von landwirtschaftlicher, industrieller und dienstleistungsbezogener Produktion, moderner Staatlichkeit sowie die Existenz eines universalen Wohlfahrtsstaates. Zudem spricht man in der Kapitalismusforschung dann von einem kohärenten Akkumulationstyp, wenn die Volkswirtschaft wesentliche Funktionen selbst erfüllt. Ausdruck dieser Autonomie und einer funktionalen Integration in die Weltwirtschaft ist etwa die Leistungsbilanz. Ist diese dauerhaft negativ oder positiv, dann kann nur bedingt von einem kohärenten oder gar geschlossenen Modell gesprochen werden.

Werfen wir einen Blick auf Griechenland. Seit dem Eintritt in die EWG 1981 hat Griechenland eine negative Leistungsbilanz; zudem ist der Industriesektor unterentwickelt (GR: 15%/D: 30%/EU: 24%), der Dienstleistungssektor überproportioniert (GR: 80%/D: 68%/EU: 74%) und die landwirtschaftliche Produktion hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil am BIP (GR: 4%/D: 1%/EU: 1,5%); insgesamt ist die Unternehmensstruktur kleinteilig und familiär geprägt; nicht zuletzt ist die griechische Unternehmenslandschaft von ausländischen Eigentümern dominiert, die von den Privatisierungen ab den 1990er Jahren profitierten (Karamessini, 2015). Zusammengenommen sprechen diese Faktoren *nicht* dafür, Griechenland als eine kohärente Volkswirtschaft zu betrachten, die einem eigenständigen Entwicklungspfad folgt. Der Grad an Autonomie, welcher eine wichtige Grundlage für die Gestaltungsspielräume von Wirtschaftspolitik ist, ist im Vergleich zu den nordeuropäischen Volkswirtschaften gering (siehe Abb. 4).

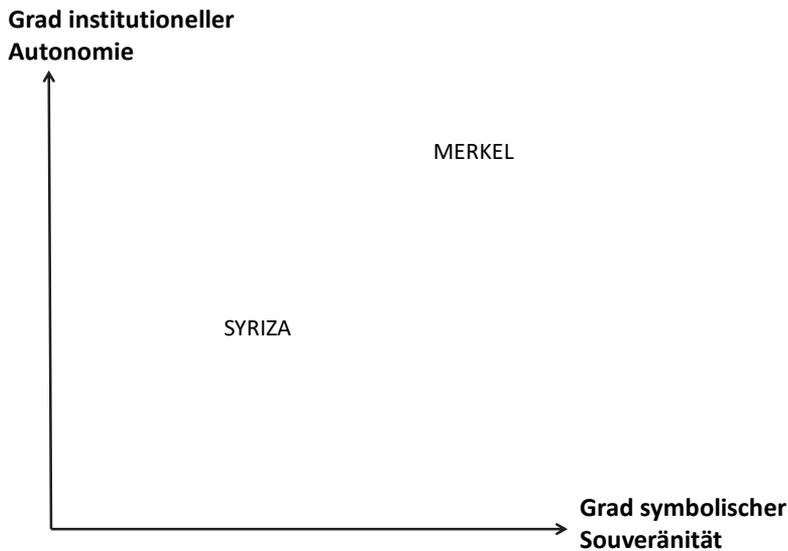


Abb. 4: Zusammenspiel institutioneller Autonomie und symbolischer Souveränität

Im Gegensatz zu den großen und kleinen Volkswirtschaften Nordwesteuropas nimmt Griechenland im europäischen und internationalen Wirtschaftsgefüge eine semiperiphere Stellung ein, die durch eine Nischen- (Reederei) und Zulieferfunktion (kleinteilige Industriebetriebe) im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten sowie durch ausgeprägte Subsistenzelemente und Tourismuswirtschaft gekennzeichnet ist. Der Wohlfahrtsstaat ist zerklüftet, der Staatsapparat wird als klientelistisch beschrieben und die ökonomischen Entwicklungsschübe der vergangenen zwei Jahrzehnte waren stark von externen Innovations- und Finanzimpulsen abhängig. Nicht zuletzt hat die Finanzkrise und die Austeritätspolitik der ersten beiden Memoranden (2010-12 und 2012-14) dazu geführt, dass die griechische Volkswirtschaft etwa 30% ihrer Wirtschaftskraft verloren hat und die pro Kopf-Einkommen von 32.000€ (2008) auf 18.000€ (2015) eingebrochen sind. Das bedeutet, dass große Teile der griechischen Bevölkerung enorme *Deklassierungserfahrungen* (Koppetsch 2017) gemacht haben, die einer Emotionalisierung des politischen Diskurses Vorschub leisten, welche schlussendlich in ganz unterschiedliche Projektionierungen münden kann. Das dritte Memorandum, das die SYRIZA ausgehandelt hat, enthielt dagegen vergleichsweise wenige Kürzungsmaßnahmen. Dennoch prägen die Folgen der ersten beiden Memoranden die Handlungsspielräume für genau jene Wirtschaftspolitik, die unter dem Eindruck des dritten Memorandums (2015-18) stattfindet.

## 5.2 Die diskursive Positionierungslogik rebellischer Akteure in der europäischen Peripherie

Die diskursiven Positionierungspraktiken der griechischen Politik sind vor diesem Hintergrund einzuordnen, denn die politische Ökonomie bildet den Rahmen für die Struktur und Tiefe der institutionellen Verankerung von wirtschaftspolitischen Diskursakteuren.

Historischer Entwicklungsstand	Abhängig, semi-peripher
Akkumulationstyp	Schwach integriert, heteronom
jüngere Geschichte	30% Verlust an Wirtschaftskraft und Einkommen
Sozialstruktur	verbreitete Deklassierungserfahrungen

Tabelle 1: Institutionelle Faktoren, welche die symbolisch-imaginären Positionierungsstrategien beeinflussen

Im Vergleich zu den Regierungen anderer Volkswirtschaften wie etwa Deutschlands, Österreichs oder den Niederlanden sind die Gestaltungsspielräume der SYRIZA-Regierung auch ohne die strengen Auflagen der Kreditgeberinstitutionen durch die widersprüchlichen Entwicklungsverläufe des griechischen Akkumulationsmodells begrenzt. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die im Sinne des SYRIZA-Programms auf Innovationen, Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Modernisierung des Staatsapparates setzt, ist vor diesem Hintergrund nur im internationalen bzw. europäischen Rahmen sowie in Abstimmung mit den Regierungen der griechischen Handelspartner möglich. Nichtsdestotrotz waren die Erwartungen hoch, welche die SYRIZA-Bewegung vor und direkt nach ihrer erfolgreichen Wahl 2015 geweckt hat. Das Ziel war (und ist) es, die Austerität zu beenden, Griechenland auf einen Wachstumskurs zurückzuführen und die soziale und ökonomische Krise zu beenden. Was auch immer diese politischen Ziele genau bedeuten und wie ihr Erreichen zu bewerten ist, liegt im Auge der BetrachterIn und kann als Resultat eines nach wie vor hoch emotionalisierten Diskurses bewertet werden, der oft großzügig über Tatsachen hinweggeht.

Wie der Kasten 3 darlegt, hat die SYRIZA trotz der Enttäuschungen im Zuge des dritten Memorandums offenbar eine ganze Reihe von Maßnahmen zu verkünden, die aus ihrer Sicht zweifellos als Erfolge verbucht werden könnten. Eine universale Sozialstaatlichkeit wurde erstmals eingeführt; erwirtschaftete Haushaltsüberschüsse werden investiert; nach Abschluss der letzten Forderungen der Geldgeber wird die Austerität Ende 2018 für beendet erklärt (ausführlich Troost 2017).

1. Während die ersten beiden Memoranden noch intensive Kürzungen vorsahen und keinerlei Investitionszusagen enthielten, konnten die Austeritätsmaßnahmen mit dem dritten Programm zunächst auf einige Maßnahmen reduziert und schließlich beendet werden. Zudem wurde eine Investitionsoffensive angekündigt.
2. Die SYRIZA-Regierung konnte die erwirtschafteten Haushaltsüberschüsse für eine sichtbare Erhöhung der Sozialausgaben nutzen.
3. Eine allgemeine Arbeitslosen- und Rentenversicherung wurde eingeführt.
4. Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen wurden erhöht und der Steuervollzug wurde effizienter gestaltet.
5. Insgesamt wurde bei der Umsetzung des dritten Memorandums gegenüber den Institutionen Sozialverträglichkeit eingefordert.
6. Die SYRIZA-Regierung hat trotz der Privatisierungen Investitionsprojekte und konjunkturfördernde Maßnahmen umgesetzt.

Kasten 3: Ausgewählte Maßnahmen der SYRIZA-Regierung im Rahmen des dritten Memorandums

Mittlerweile wurde die Rentenkürzung ausgesetzt und die Regierung erarbeitet ein Konzept, das die negativen Nachfrageeffekte der Mehrwertsteuererhöhung auffangen soll. Zudem hat die griechische Regierung die verlangten Privatisierungen mit Investitionsauflagen verknüpft. Von der Politik der Troika bleibt also nicht mehr viel übrig; sie konnte lediglich eine echte Innovationsoffensive und andere fiskalpolitische Maßnahmen verhindern, andernfalls hätte es einen echten griechischen Aufschwung geben können.

Darüber hinaus sind die allgemeinen Wirtschaftsdaten eher positiv zu bewerten. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück und erstmals seit der Krise ist wieder ein BIP-Wachstum zu verzeichnen, was sich wiederum positiv auf die Arbeitslosenzahlen und die weiteren Wachstumsaussichten auswirken wird (siehe Abbildungen 5 und 6).

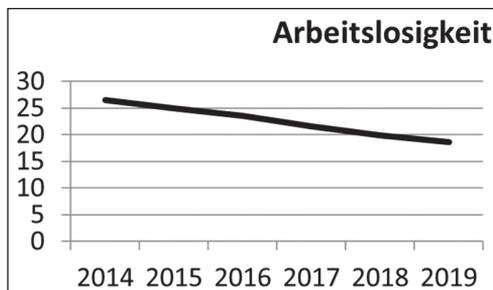


Abb. 5: Arbeitslosigkeit seit Regierungsantritt in % zum Vorjahr

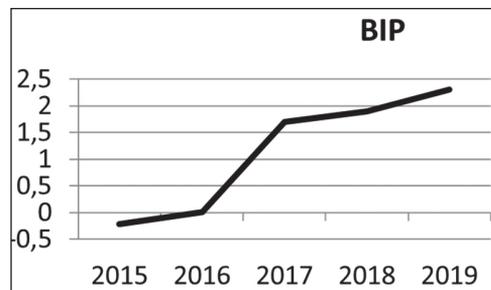


Abb. 6: BIP seit Regierungsantritt in % zum Vorjahr

Angesichts der denkbar schlechten Ausgangslage (politischer Widerstand der Geldgeber, mehrere Jahre strenge Austerität, ein zerrüttetes, heteronomes institutionelles Gefüge der politischen Ökonomie Griechenlands, enorme Deklassierungserfahrungen) können sich die verbuchten Erfolge sehen lassen und jede PolitikerIn in einer westlichen Demokratie

würde diese Zahlen öffentlich als Erfolg darstellen können. Dennoch scheint die allgemeine politische Zustimmung laut den Umfragewerten eher ein negatives Bild zu zeichnen. In allen Erhebungen liegt die SYRIZA abgeschlagen hinter der Nea Demokratia (ND) zurück, und dies obgleich die ND abgesehen von zunehmend nationalistischen Untertönen scheinbar kein ideologisches Gegenprogramm zur SYRIZA vorzuweisen hat. Vielmehr tritt die konservative Opposition durch einen rechtsnational vergifteten Anti-Regierungsdiskurs in Erscheinung, der offenbar von eigenen Korruptionsverstrickungen ablenken soll (Katsambekis 2018). SYRIZA hat damit auch den innergriechischen ideologischen Kampf offenbar für sich entscheiden können, wenngleich in hysterisierten Auseinandersetzungen Emotionen nicht unbedingt rational kanalisiert werden können. Insofern kann der Rechtspopulismus der ND Ausdruck von Ratlosigkeit und Dokument der inneren Krise sein. Ob das alles schlussendlich trotz der schlechten Umfragewerte zu einer Wiederwahl der SYRIZA führen wird oder ob ein rechtspopulistischer Machtwechsel bevorsteht, werden die Wahlen 2019 zeigen.

Wie lässt sich diese Situation diskursanalytisch deuten? Einerseits könnte vermutet werden, dass SYRIZA an den selbst gesteckten, hohen Zielen gemessen wird, die im Rückblick angesichts der innereuropäischen Mehrheitsverhältnisse unrealistisch erscheinen müssen. Aber hält diese Deutung einer sachgemäßen Einordnung stand? Starke Schwankungen in den politischen Umfragen sind nicht unbedingt nur ein Problem der politischen Linken. Vielmehr beobachten wir in beinahe allen peripheren Ländern Europas seit langem schon starke politische Volatilitäten, etwa in Osteuropa, und seit der Krise auch zunehmend in Südeuropa. Auch die kleineren Länder des Nordwestens sind keinesfalls politisch stabil. Was kann eine mögliche sozialwissenschaftliche Erklärung für diese politische Dauerkrise sein, von der SYRIZA einst profitierte und die nun auf SYRIZA zurückschlagen könnte?

Ich möchte im Folgenden anhand eines *Offenen Briefes* von unterschiedlichen WirtschaftswissenschaftlerInnen an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigen, wie sich eine Subjektivierungsstrategie entfaltet, die auf die diskursive Konstruktion einer post-nationalen Politikerposition hinausläuft, die sich als eine Strategie der Unterordnung entfaltet.

Ganz offensichtlich handelt es sich bei diesem *Offenen Brief* um einen Appell an die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, der die genre-typischen Eigenschaften aufweist, wie etwa die direkte Ansprache im letzten Absatz dokumentiert (*»To Chancellor Merkel our message is clear«*). Dennoch scheinen die moralisierenden Marker in dem Absatz davor, die hier **fett** markiert wurden, noch viel interessanter zu sein, weil sie eine als legitim erachtete Selbstdarstellung offenbaren. Der Sprecher des Diskurses positioniert sich mit seinen Ideen, Vorstellungen und Anliegen durch die Verwendung affektiv-moralisierender Formulierungen gegenüber der Figur »Merkel« als »Bittsteller«. Der damit verbundene moralische Appell an Merkel, die hier praktisch als eine Art »formelle Regierungschefin Europas« angesprochen wird, bringt den Sprecher des Diskurses in eine eigenwillig unterwürfige Haltung. Ein solcher subordinierter, bisweilen demütiger Subjektivierungsmodus scheint sich nun auch unter Merkel'scher Hegemonie zu etablieren, und zwar in ganz Europa und nicht nur in Griechenland.

***Austerity Has Failed: An open Letter from Thomas Piketty to Angela Merkel***

[...] In the 1950s, Europe was founded on the **forgiveness of past debts**, notably Germany's, which generated a massive contribution to post-war economic **growth and peace**. Today we need to **restructure and reduce Greek debt**, give the economy **breathing room to recover**, and allow Greece to pay off a **reduced burden of debt** over a long period of time. Now is the time for a **humane rethink of the punitive and failed program of austerity of recent years** and to agree to a **major reduction** of Greece's debts in conjunction with **much needed** reforms in Greece.

*To Chancellor Merkel our message is clear; we urge you to take this vital action of leadership for Greece and Germany, and also for the world. History will remember you for your actions this week. We expect and count on you to provide the bold and generous steps towards Greece that will serve Europe for generations to come. (Piketty/Sachs/Flassbeck/Rodrik/Wren-Lewis 2015)*

Indem der Sprecher dieses Diskurses sich in eine solche Diskursposition begibt, konstituiert er sich als ein Repräsentant, der nicht länger auf die legalen Institutionen moderner Staaten- und Herrschaftsgebilde setzen kann. Hier kommt eine massive *Entstaatlichung* zum Ausdruck. Auf der symbolisch-imaginären Ebene werden damit Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen formal gleichgestellten Gesprächspartnern etabliert, die keine legale und institutionelle Grundlage haben. Diese subordinierte Haltung wird gerade in Griechenland als eine Entwürdigung empfunden (Stavrakakis 2013). Dennoch scheint es genau diese Strategie zu sein, die Tsipras & Co. erfolgreich anwenden und der die SYRIZA ihre oben dargestellten Erfolge zu verdanken haben. Vielleicht ist dies der zentrale Unterschied zwischen einem rechtspopulistischen Diskurs, wie wir es etwa in Polen oder Ungarn beobachten können, und einem Linkspopulismus, für den die SYRIZA steht. Damit geht aber offenbar der Verlust der »nationalen Souveränität« einher, also der Verzicht auf öffentliche Reputation im Austausch für politische Zugeständnisse. Genau dieser »Tauschakt« (politische Souveränität gegen Zugeständnisse seitens Europas) ist der Hintergrund, der die politische Krise der SYRIZA trotz politischer Erfolge erklären könnte. Mit der Krise des Ethos der politischen Souveränität wird somit auch die liberale Demokratie praktisch infrage gestellt und das Prinzip der symbolischen (und praktischen) Fremdherrschaft instituiert. Die viel beschworene Krise des Nationalstaats wird nun auf eklatante Weise offenbar und die sich in diesem Rahmen fortsetzenden Europäisierungsprozesse haben es bisher vermissen lassen, auf die Krise des Nationalstaates mit der Bildung supranationaler demokratischer Institutionen zu antworten.

## **6 Konklusion: Subjektivierungen im Gefüge des Dispositivs**

Der vorliegende Artikel hat den Vorschlag unterbreitet, die sogenannte »Griechenlandkrise« als ein Dispositiv zu betrachten, das sich über unterschiedliche Ebenen (national,

lokal, supranational), Felder (Wissenschaft, Politik, Ökonomie) und Subjektivierungslogiken erstreckt.

	<i>Wirtschaftspolitische Theorie</i>	<i>Wirtschaftspolitische Governance</i>	<i>Nation</i>
Institutionelle Positionen	schwach	inkohärent	schwach
Diskursive Positionierungen	kritisch-demokratisch	moderierend	subordiniert

Tabelle 2: Subjektivierungslogiken

Wie die Analyse versucht hat zu zeigen, ist das Dispositiv keine Kohärenz stiftende Matrix. Es ist vielmehr der Name für die Möglichkeit, Heterogenes in Beziehung zu setzen. Die Felder werden hier als trans-epistemisch für einander geöffnete Konfliktarenen verstanden, die auf der einen Seite Bezüge zueinander herstellen (etwa bezieht sich der Diskurs über die ökonomische Theorie auch indirekt auf den Diskurs über die institutionelle Ordnung und dieser wiederum beeinflusst die griechische politische Ökonomie) und auf der anderen Seite durch eigenständige Subjektivierungsweisen gekennzeichnet sind. Der Begriff der Subjektivierung wurde hier als ein Effekt unterschiedlicher symbolisch-imaginärer Positionierungen und institutionell-sedimentierter Positionen verstanden. Erst das Zusammenspiel diverser Position(ierungen) ergibt einen Subjektivierungsmodus. Dies wiederum hängt vom Zusammenspiel der jeweiligen institutionellen Feldlogik mit der jeweiligen symbolisch-imaginären Diskurslogik ab. Während sich im Feld der wirtschaftspolitischen Theorie ein kritisch-demokratischer Subjektivierungsmodus zu etablieren scheint, beobachten wir im Feld der europäischen ökonomischen Governance einen moderierenden Subjektivierungsmodus. Beide hängen durch das Dispositiv zusammen und bilden dennoch eigenständige Spatialitäten heraus. Schlussendlich beobachten wir in der europäischen Peripherie zunehmend die Etablierung subordinierter Subjektivierungsweisen, die einerseits eine Krise nationaler Souveränität artikulieren und andererseits auf eine vertiefte Europäisierung hindeuten.

Wie mein Beitrag versucht hat herauszuarbeiten, sollen diese Phänomene nicht als isolierte Erscheinungen gedeutet werden. Was in gegenwärtigen Debatten oft als Links- oder Rechtspopulismus dargestellt wird und hier als *subordinierter Subjektivierungsmodus* untersucht wurde, ist Ausdruck einer zunehmenden Europäisierung, die unter dem Eindruck einer von Deutschland angeführten Hegemonialstrategie steht (Jessop 2012). Genau genommen ist es der Effekt eines polit-ökonomischen Dispositivs, das sich über mehrere Ebenen erstreckt (Maeße 2017b).

In diesem Artikel wurden davon drei unterschiedliche aber aufeinander verweisende und ineinander übergreifende Konfliktlinien untersucht. Der SYRIZA-Diskurs war in diese Konflikte parallel verwickelt, und es ist nicht klar zu entscheiden, wer nun als politischer Sieger vom Platz geht. Niederlagen und Erfolge lösen sich ab. Gegenwärtig steht dem links-pragmatisch gewendeten SYRIZA-Projekt unter Tsipras Führung, die eine

vertiefende Integration Griechenlands in die Weltökonomie anstrebt, eine zunehmend national-populistische Hegemonie aus Rechtsradikalen und Rechtskonservativen gegenüber. Die Rentenabsenkung wurde mittlerweile ausgesetzt und die Arbeitslosigkeit bewegt sich weiter Richtung 15%. Ob es SYRIZA gelingen wird, gegen eine rechtspopulistische Bewegung die Regierungsposition verteidigen zu können, wird sich nach den Wahlen 2019 zeigen. Unabhängig davon scheint sich die subordinierte Positionierungsstrategie in den europäischen Ländern der Peripherie jedoch immer tiefer zu verfestigen. Unter den gegenwärtigen hegemonialen Dominanzverhältnissen wird sich dies vermutlich weiter verschärfen, es sei denn, neue post-nationale Formen demokratischer Repräsentation werden etabliert, die in der Lage sind, das Gefühl der Unterordnung und Unterwerfung zugunsten einer egalitäreren Wahrnehmungsstruktur aller Akteure in Europa zurückzudrängen.

## Literatur

- Angermüller, J. (2007): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich. Bielefeld: transcript.
- Bosančić, S. (2014): Arbeiter ohne Eigenschaften. Über die Subjektivierungsweisen angelernter Arbeiter. Wiesbaden: Springer.
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1997): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zur Politik und Kultur. Bd. 1. Hamburg: VSA.
- Boyer, R./Saillard, Y. (Hrsg.) (2002): Regulation theory. The state of the art. Routledge.
- Bräuninger, M./Haucap, J./Muck, J. (2011): Was lesen und schätzen Ökonomen im Jahr 2011? DICE Ordnungspolitische Perspektiven, 18.
- Busch, K./Troost, A./Schwan, G./Bsirske, F./Bischoff, J./Schrooten, M./Wolf, H. (2016): Europa geht auch solidarisch! Hamburg: VSA.
- Butz, A./Wohlrabe, K. (2016): Die Ökonomen-Rankings 2015 von Handelsblatt, FAZ und RePEc. Methodik, Ergebnisse, Kritik und Vergleich. Ifo Working Paper.
- Chasoglou, J. (2015): Griechenland. Umbau oder Abriss des Wohlfahrtsstaates. In: Bieling, H.J./Buhr, D. (Hrsg.): Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 243–272.
- Diaz-Bone, R./Krell, G. (Hrsg.) (2009): Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Foucault, M. (1980): Power/knowledge. Selected interviews and other writings, 1972-1977. New York: Pantheon.
- Foucault, M. (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2004): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hacker, B./Koch, M. C. (2017): The divided Eurozone. Mapping conflicting interests on the reform of the monetary union (FES report).
- Hall, P. A. (Hrsg.) (1989): The political power of economic ideas. Keynesianism across nations. Princeton: Princeton University Press.
- Hall, P. A./Soskice, D. (2001): Varieties of capitalism. The institutional foundations of comparative advantage. OUP Oxford.

- Huffs Schmid, J. (1994): Wem gehört Europa? Wirtschaftspolitik und Kapitalstrategien. Heilbronn: Distel-Verlag.
- Jessop, B. (2012): The world market, variegated capitalism, and the crisis of European integration. In: Nousios, P./Overbeek, H./Tsolakis, A. (Hrsg.): Globalisation and European integration. Critical approaches to regional order and international relations. London and New York: Routledge, S. 91–111.
- Juncker, J. C./Tusk, D./Dijsselbloem, J./Draghi, M./Schulz, M. (2015): Completing Europe's Economic and Monetary Union. Bruxelles: EU.
- Karamessini, M. (2015): Greece as an international test-case. Economic adjustment through a Troika/state-induced depression and social catastrophe. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): Divisive integration. The triumph of failed ideas in Europe – revisited. Bruxelles: European Trade Union Institute (ETUI), S. 95–126.
- Katsambekis, G. (2018): Re-igniting political polarisation in Greece. The liberal opposition's turn to the right and the challenges for democracy. open Democracy, Abgerufen von <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/giorgios-katsambekis/re-igniting-political-polarisation-in-greece-liberal-opposite>.
- Koppetsch, C. (2017): Rechtspopulismus, Etablierte und Aussenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, S. 208–232.
- Langenohl, A. (2011): Die Ausweitung der Subprime-Krise. Finanzmärkte als Deutungsökonomien. In: Kessler, O. (Hrsg.): Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden: Springer, S. 75–98.
- Lehndorff, S. (2014): Die spaltende Integration Europas Ein Überblick. In: Lehndorff, S. (Hrsg.): Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg: VSA, S. 7–39.
- Maeße, J. (2010): Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses. Zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms. Bielefeld: transcript Verlag.
- Maeße, J. (Hrsg.) (2013): Ökonomie, Diskurs, Regierung. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Maeße, J. (2014): Diskursforschung zur Ökonomie. In: Angermüller, J./Nonhoff, M./Herschinger, E./Macgilchrist, F./Reisigl, M./Wedl, J./Wrana, D./Ziem, A. (Hrsg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1. Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript, S. 300–316.
- Maeße, J. (2015): Eliteökonomien. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Maeße, J. (2017a): Austerity discourses in Europe. How economic experts create identity projects. In: Innovation: The European Journal of Social Science Research 31(1) S. 1–17.
- Maeße, J. (2017b): Krisenakteure. Die Europäisierung polit-ökonomischer Diskursmuster. In: Kämper, H./Wengeler, M. (Hrsg.): Protest – Parteienscheitern – Politikverdrossenheit. Politikkritik in der Demokratie. Bremen: Kemper, S. 231–258.
- Maeße, J. (2017c): The elitism dispositif. Hierarchization, discourses of excellence and organizational change in European economics. In: Higher Education 73(6), S. 909–927.
- Maeße, J./Hamann, J. (2016): Die Universität als Dispositiv. Die gesellschaftliche Einbettung von Bildung und Wissenschaft aus diskurstheoretischer Perspektive. In: Zeitschrift für Diskursforschung 4(1), S. 29–50.
- Piketty, T./Sachs, J./Flassbeck, H./Rodrik, D./Wren-Lewis, S. (2015): Austerity has failed. An open letter from Thomas Piketty to Angela Merkel.
- Pühringer, S. (2015): Wie wirken ÖkonomInnen und Ökonomik auf Politik und Gesellschaft? ICAE Working Paper Series 35. Linz: Johannes Kepler Universität Linz.
- Pühringer, S./Hirte, K. (2015): The financial crisis as a heart attack. Discourse profiles of economists in the financial crisis. In: Journal of Language and Politics 14(4), S. 599–625.
- Schmidt-Wellenburg, C. (2013): Die Regierung des Unternehmens: Managementberatung im neoliberalen Kapitalismus. Konstanz: UVK.

- Sinn, H.-W. (2014): Austerity, growth and inflation. Remarks on the Eurozone's unresolved competitiveness problem. In: *The World Economy* 37(1), S. 1–13.
- Stavrakakis, Y. (2013): Dispatches from the Greek lab. Metaphors, strategies and debt in the European crisis. In: *Psychoanalysis, Culture & Society* 18(3), S. 313–324.
- Stavrakakis, Y./Katsambekis, G. (2014): Left-wing populism in the European periphery. The case of SYRIZA. In: *Journal of Political Ideologies* 19(2), S. 119–142.
- Sum, N.-L./Jessop, B. (2013): *Towards a cultural political economy. Putting culture in its place in political economy.* Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Troost, A. (2017): Greek politics: checking the facts. What Greece has actually done to tackle the crisis.
- Zienkowski, J. (2017): Reflexivity in the transdisciplinary field of critical discourse studies. *Palgrave Communications* 3.

*Anschrift:*

Dr. Jens Maeße  
Justus-Liebig-Universität  
Institut für Soziologie  
Karl-Glöckner-Str. 21E  
35394 Gießen  
Jens.Maesse@sowi.uni-giessen.de